

Die saarländische Wirtschaft bleibt weiterhin im Krisenmodus

TRANSFORMATION Kritisches Krisenbewusstsein ist bei der Gestaltung entscheidend

Das Weltgeschehen 2022 wurde von verschiedenen Krisen geplatzt, welche auch die kommenden Jahre prägen werden. Die Vielzahl an Herausforderungen verstärken sich gegenseitig und scheinen sich zu einer umfassenden Systemkrise zu verbinden. Die Ausgangslage für die saarländische Wirtschaft stellt sich aufgrund der anhaltenden Strukturwandelprozesse als besonders prekär dar.

Von Jonas Boos

Energiekrise, Wirtschaftskrise, Klimakrise, „Migrationskrise“ – Krieg, Pandemie, Inflation, soziale Spaltung. Angesichts dieser Vielzahl an unterschiedlichen Krisensituationen scheint es zunächst überraschend, dass das BIP (preisbereinigt) im ersten Halbjahr 2022 im Saarland um 3,3 Prozent gewachsen ist. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die saarländische Wirtschaft weiterhin im Krisenmodus befindet und seit Jahren mit enormen Herausforderungen kämpft. Im Jahr 2022 kamen zu den pandemiebedingten Lieferschwierigkeiten bei

wichtigen Vorprodukten insbesondere kriegs-, aber auch sanktionsbedingte Liefer- und Logistikprobleme sowie verteuerte Preise für Gas und Rohöl hinzu. Darunter leidet vor allem auch die Exportindustrie, welche – neben der relativen Lohnzurückhaltung der Beschäftigten – stark auf billiger Energie aus Russland beruhte. Insbesondere energieintensive Industriezweige wie die saarländische Stahlindustrie sind betroffen. Störungen in globalen Lieferketten können zudem zu Beeinträchtigungen in vorgelagerten Produktionsstufen auch in Zuliefererbetrieben im Saarland führen. Coronakrise und Ukraine-Krieg machen deutlich, wie

Die Perspektiven sind wahrscheinlich düster

schnell globale Lieferketten und internationale Handelsbeziehungen unter Druck geraten können. Hierzulande treffen die ökonomischen Auswirkungen zeitlich auf eine strukturelle Krisensituation in der Industrie: Zwischen 2015 und 2021 wurden rund 9.400 sozialversicherungspflichtige Jobs in der saarländischen Industrie abgebaut (-9,5 Prozent), im bis-

herigen Jahresverlauf erneut über 500 Arbeitsplätze. Das Saarland droht abermals in eine tiefe und anhaltende Wirtschaftskrise zu schlittern.

Die Perspektiven sind wahrlich düster: Der Klimacrash ist schon da, die Covid-19-Pandemie noch nicht überwunden. Die globale Schuldenkrise nimmt weiter ihren Lauf, die Ressourcen- und Energiekrise hat längst eingesetzt. Die aktuellen Preissteigerungen bringen Massenverarmung mit sich, die öffentliche Infrastruktur droht zu zerbrechen. Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht, rechte Krisenpolitik gewinnt europaweit an Zuspruch. Die weltweite Großkriegsgefahr wächst, die nächste Rezession steht bevor.

Diese komplizierte Gemengelage vereinigt sich zu einer gesamtgesellschaftlichen Krisenspirale, die grundlegende Fragen nach systemischen Veränderungen aufwirft – auch um globale Abhängigkeiten verringern und lokale Wertschöpfungsketten aufbauen zu können. Was gerade auf der Welt passiert, ist kein Zufall; es ist auch nicht der Fehler oder die Schuld einzelner Akteure, die nur „den Profit“ im Kopf haben. Die Krisen sind die Auswirkungen eines Gesellschaftssystems voller innerer Widersprüche und notwendige Folge dessen, warum und wie gewirtschaftet wird: Sollen Unternehmen in der ständigen Konkurrenz auf dem freien Markt nicht untergehen, müssen sie Gewinne machen, immer wieder neu investieren und ihre Produktion steigern. Der uferlose Wachstumszwang produziert eine ökologisch verwüstete Welt und eine sozial gesplattene und in großen Teilen verarmte Menschheit. Die kapitalistische Produktionsweise kann keine Rücksicht darauf nehmen, wie viel Natur zerstört wird, wie viele Menschen im Elend leben. Zur Erweiterung von Einfluss und Absatzmärkten wird auch nicht vor Kriegen zurückgeschreckt.

Energieintensive Industriezweige wie etwa die saarländische Stahlindustrie sind von der Krise besonders betroffen.



Foto: Adobe Stock/ABQDstock

Die Auswirkungen des jahrelangen Konkurrenzkampfs kommen nun auch vermehrt in den kapitalistischen Zentren an.

Die sozialen Folgen sind verheerend: Immer mehr Menschen haben Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und sinkendem Wohlstand, vor einem Leben am Existenzminimum. Insbesondere ärmere Menschen fragen sich, ob sie sich in den kommenden Monaten noch genügend Lebensmittel oder eine warme Dusche leisten können. Aber die steigenden Preise treffen in zunehmendem Maß auch die sogenannte Mittelschicht. Das Bild der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich ist mittlerweile überstrapaziert. Dabei sind es die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die den Reichtum der Gesellschaft schaffen. Reichtum, der aber nur zu einem (zu) geringen Teil bei ihnen ankommt. Wobei nicht die Verteilung des Reichtums ursächlich für Armut, Ausbeutung und Krisen ist, sondern die Logik der kapitalistischen Produktionsweise: Ziel des Wirtschaftens ist nicht die Herstellung gesellschaftlich notwendiger Dinge wie Nahrung, Kleidung oder Wohnungen, sondern aus Geld mehr Geld zu machen. Die Gewinne stammen dabei aus der Arbeit der lohnabhängigen Bevölkerung. Da die Gewinne immer weiter steigen müssen, entsteht ein enormer Druck, die Kosten zu senken, das heißt Löhne und Arbeitsbedingungen zu drücken – wo es Gewinnerinnen gibt, muss es auch Verliererinnen geben. Die derzeitige Krise ist ein besonders drastischer Ausdruck dafür, wie der Reichtum sich aus der Armut der Massen speist und die Bedürfnisbefriedigung der kapitalistischen Logik untergeordnet wird.

Immer mehr Menschen scheinen zu spüren, dass es so nicht weitergehen kann: Die vorherrschende Wirtschaftsweise droht an ihren Widersprüchen zu zerbrechen. Um noch schlimmeren Krisen zu begegnen, gilt es den derzeit ergebnisoffenen Transformationsprozess in eine fortschrittliche Richtung zu lenken. Das zunehmende soziale Elend, der dringende ökologische Umbau der Produktion sowie die Anforderungen internationaler Soli-



Foto: Adobe Stock/Perfectlab

Immer mehr Menschen fürchten sich vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und einem Leben am Existenzminimum.

darität sind mit einer konkreten Transformationsstrategie anzupprechen. Aus Arbeitnehmerperspektive sollte der Leitgedanke eine emanzipatorische Strategie sein, so dass die Menschen am Arbeitsplatz oder am Wohnort beginnen, sich für ihre Interessen

Eine gute gesellschaftliche Infrastruktur ist zentral

zu organisieren. Entscheidend ist hier ein kritisches Krisenbewusstsein. Ein solches kann sich anfangs auch in Sozialprotesten und Umverteilungsforderungen ausdrücken, wenn diese beispielsweise darauf abzielen, dass die Reichen für die anstehende Transformation zahlen.

Das aktuell unmittelbar wichtigste Mittel, um die Krise verkraften zu können, ist der Kampf um Lohnerhöhungen. Darüber hinaus ist der Einsatz für eine gute gesellschaftliche Infrastruktur in den Bereichen Gesundheits- und Energieversorgung, Bildung, ÖPNV etc. zentral. Eine gute gesellschaftliche Infrastruktur verlangt auch gute Arbeit. Wenn im Rahmen des ökologischen Umbaus befürchtet wird, dass weiter industrielle Arbeitsplätze abgebaut werden, könnte die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit eine Perspektive bieten, um Lohnarbeit und reproduktive Arbeit gerechter zu verteilen – innerhalb der Industrie, zwischen den verschiedenen Branchen und letztlich auch zwischen den Geschlechtern. Eine solche Orientierung zielt insgesamt auf das Zurückdrängen der Markt- und

Profitlogik; und damit über einen Inflationsausgleich durch höhere Löhne hinaus. Letztlich muss auch im konkreten sozialen Kampf schon der Ausbruch aus dem kapitalistischen Gedankengefängnis gewagt werden: Hin zu einer Gesellschaft, in der sich die Produktion bewusst an den Bedürfnissen der Menschen orientiert statt an Gewinnsteigerung. Es geht darum, Vorschläge zu entwickeln, die die Menschen dazu ermuntern, sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzubringen – nicht zuletzt auch um rechte Vorschläge zu Krisenlösungen zurückzudrängen. Schon in der sogenannten Migrationskrise und der Covid-19-Pandemie hat sich gezeigt, wie anfällig große Teile der Bevölkerung für Verschwörungsmymen und rechte Parolen sind. Dabei geht eine besondere Gefahr von verkürzter Krisenanalyse aus, die menschenfeindliche und reaktionäre Bewegungen entstehen lassen kann. Hier sei an die Krise von 1929 und deren Folgen erinnert: Die damalige Ideologie besagte, man könne durch die Vernichtung des ausgemachten Bösen – in der Nazi-Ideologie Juden und Jüdinnen – die Krise überwinden.

Aufgabe progressiver Kräfte muss es sein, sich in die aktuellen sozialen Kämpfe, Proteste und Bewegungen einzubringen und den Prozessen der Systemtransformation eine solidarische Dynamik zu verleihen.

Jonas Boos ist Referent für Konjunktur- und Strukturpolitik.